Verordnung über die Berufsvorbereitungsschule

vom 10. Juli 2001¹⁾

Der Regierungsrat des Kantons Zug,
in Vollziehung von § 39 des Schulgesetzes vom 27. September 1990²⁾ und
§§ 25–29 des Gesetzes über die kantonalen Schulen vom 27. September
1990³⁾,

beschliesst:

1. Abschnitt

Schülerinnen und Schüler

§ 1

Eintritt

¹ Der Erziehungsrat regelt die Eintrittsbedingungen.

² Die Schulkommission regelt den Eintritt während des Schuljahres.

§ 2

Unterrichtszeit

¹ Das wöchentliche Pflichtpensum darf 36 Zeiteinheiten nicht übersteigen.

² Die Schulkommission legt die Anzahl der Zeiteinheiten pro Woche fest.

§ 3

Mitsprache und Mitverantwortung

Die Schülerinnen und Schülern sind an der Planung und Gestaltung des Unterrichts und des Schulalltags beteiligt.

¹⁾ GS 27, 147

²⁾ BGS 412.11

³⁾ BGS 414.11

414.18

§ 4

Beratung

Für Fragen der Berufswahl steht die Berufsberatung zur Verfügung.

§ 5

Heilpädagogische Förderung/Stütz- und Förderunterricht

Für Schülerinnen und Schüler, die trotz normaler Begabung wegen Lern- und Verhaltensschwierigkeiten oder fachlichen Defiziten die Anforderungen der Regelklasse nicht erfüllen, kann die Schule eine heilpädagogische Förderung sowie Stütz- und Förderunterricht anbieten.

§ 6

Schularzt-Dienst

Die Kantonsärztin bzw. der Kantonsarzt, allenfalls deren Stellvertretung, ist mit dem Schularzt-Dienst beauftragt.

2. Abschnitt

Eltern

§ 7

Elternbeiträge

¹ Die Schulleiterin bzw. der Schulleiter ist berechtigt, für folgende Bereiche Beiträge bzw. Gebühren zu verlangen:

- a) Schul- und Klassenlager;
- b) Arbeits- und Projektwochen;
- c) Schulreisen und Exkursionen;
- d) Lehrmittel und Schulmaterial;
- e) Film-, Theater-, Konzert- und Zirkusbesuche;

² Die Schulkommission legt Höchstansätze für die Elternbeiträge an Schullager, Arbeits- und Projektwochen sowie Schulreisen fest.

3. Abschnitt

Lehrpersonen

§ 8

Definition

¹ Hauptlehrerinnen und -lehrer werden von der Direktion für Bildung und Kultur auf unbestimmte Zeit mit einem zugesicherten Voll- oder Teilpensum von über 50 % angestellt.

² Lehrbeauftragte auf unbestimmte Zeit werden von der Direktion für Bildung und Kultur auf unbestimmte Zeit mit einem zugesicherten Pensum von maximal 50 % angestellt.

³ Die Anstellung gemäss Abs. 1 und 2 setzt ein Lehrdiplom für die Sekundar- oder Realschule und nach Möglichkeit eine die berufsbegleitende Ausbildung von Lehrkräften für die Berufswahlvorbereitung (LBV) voraus.

⁴ Lehrbeauftragte auf bestimmte Zeit werden von der Direktion für Bildung und Kultur mit einem befristeten Arbeitsvertrag angestellt. Er kann erneuert werden, darf jedoch insgesamt die Dauer von sechs Jahren nicht überschreiten. Einjährige Verträge sind ohne, zwei- und mehrjährige Verträge mit einer Kündigungsmöglichkeit auszustellen.

⁵ Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden zur vorübergehenden Vertretung einer Lehrperson während höchstens eines halben Jahres von der Schulleiterin bzw. vom Schulleiter angestellt. Die Direktion für Bildung und Kultur kann diese Frist einmal erstrecken.

§ 9

Arbeitszeit

¹ Die Arbeitszeit der Lehrpersonen umfasst die Unterrichtszeit sowie die festgelegte und die frei gestaltbare Arbeitszeit.

² Unterrichtszeit und Unterrichtsentslastungen sowie besondere Entschädigungen sind in separaten Beschlüssen des Regierungsrats geregelt.

§ 10

Lehrerinnen- und Lehrerberatung

Die Schulkommission regelt die Lehrerinnen- und Lehrerberatung.

§ 11¹⁾

4. Abschnitt

Schulorganisation

§ 12

Schulleitung

Die Direktion für Bildung und Kultur legt die Aufgaben der Schulleitung im Einzelnen fest.

¹⁾ Aufgehoben durch R vom 17. Mai 2005 (GS 28, 351); in Kraft am 28. Mai 2005 (vgl. BGS 154.215).

414.18

§ 13

Lehrerinnen- und Lehrerteam

¹ Das Lehrerinnen- und Lehrerteam setzt sich aus allen Hauptlehrpersonen und Lehrbeauftragten zusammen.

² Es befasst sich mit pädagogischen Fragen, mit der Gestaltung des Unterrichts und mit Fragen der Organisation der Schule.

³ Es hat das Recht, der Schulkommission Vorschläge für die Ernennung der Schulleiterin bzw. des Schulleiters und dem Regierungsrat für die Ernennung eines Vertreters bzw. einer Vertreterin in der Schulkommission zu unterbreiten.

§ 14

Klassenlehrerin, Klassenlehrer

Jeder Klasse steht eine Klassenlehrerin bzw. ein Klassenlehrer vor. Sie bzw. er hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Begleitung der Schülerinnen und Schüler in schulischer und persönlicher Hinsicht sowie im Berufswahlprozess;
- b) Besprechung aller die Lernvereinbarung betreffenden Beurteilungen mit den Fachlehrerinnen und -lehrern;
- c) Kontakte mit den Eltern; Durchführung von Elternzusammenkünften;
- d) Hinführung der Klasse zu Mitverantwortung und zu Eigenständigkeit.

5. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 15

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. August 2001 in Kraft.